

Welches Bild von der BRD wird da vermittelt?

Der Staat, dessen Bild für unseren Geschichts- und Sozialkundeunterricht zugrunde gelegt wird für ein Ideal vom zivilen Staat, der auf den Säulen von Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaat beruht und dessen grundgesetzlicher „Verteidigungsfall“ die einzige Begründung war, die Bundeswehr einzusetzen, bekommt nun ein neues „Rückgrat“. Garant für Frieden und Demokratie ist nun nicht mehr das zivile Parlament, die Parteien, die Gewerkschaften, sondern der Soldat „im Kampf“. Der Soldat setzt im Ausland sein Leben aufs Spiel und sichert dadurch unseren Wohlstand im Land mit Gewalt. Werden die SchülerInnen das den Lehrern in Uniform abkaufen? Wird die Jugend sich freiwillig irgendwohin begeben, um zu kämpfen und für die „Interessen der Nation“ ihr Leben lassen? Werden sie sich zusammenschließen, um sich dagegenzustellen und für den Frieden mit friedlichen Mitteln zu kämpfen? Werden sie sich wehren wie gegen einen Stuttgarter Bahnhof? Aber auch dafür hat unser neuer Lehrplan eine Lösung: Die Bundeswehr solle bei der „Wahrnehmung von Aufgaben im Heimatschutz“ und „bei innerem Notstand“ eingesetzt werden. So löse die Bundeswehr alle Probleme der Zukunft, außerhalb des Landes und innen auch.

Wir von den Gewerkschaften GEW und ver.di sehen in der Verwendung von Jugendoffizieren in der politischen Bildung einen Ausdruck der zunehmenden Militarisierung der deutschen Gesellschaft, einer zunehmenden Normalisierung von Militär im Alltag. Im „Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr“ (2010) ist nachzulesen, wie normal ihr „Einsatz“ im Klassenzimmer schon geworden ist und wie sie ihre Erfolge und die Bedeutung unserer Gegenwehr einschätzen.

Deshalb erinnern wir an den 1976 als Grundlage der Bildungsarbeit der Landeszentralen für politische Bildung vereinbarten Beutelsbacher Konsens, der bis heute unsere Arbeit als LehrerInnen bestimmt und den wir dem Auftrag der Jugendoffiziere gegenüberstellen wollen.

Der Beutelsbacher Konsens besteht aus drei Grundforderungen:

„1. **Überwältigungsverbot:** Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der "Gewinnung eines selbständigen Urteils" zu hindern. (...)

2. **Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.** (...)

3. **Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,** sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. (...)

Der *AK Friedliche Schule und Hochschule* ist der Meinung, dass der Auftrag der Jugendoffiziere, in der politischen Bildungsarbeit an zivilen Schulen und Hochschulen tätig zu sein, nicht mit dem Beutelsbacher Konsens zu vereinbaren ist. Wir lehnen eine Verschränkung von militärischem Personal mit zivilen Berufen ab.

Informiert euch! Wehrt euch!

Informiert eure SchülerInnen und ihre Eltern!

**Meldet Bundeswehreinmärsche an der Schule
bei der Gewerkschaft!**

**Wir treffen uns jeden 1. Schulmontag des
Monats um 17.00 Uhr im DGB-Haus München**

Kontakt: gew-sv-muenchen@link-m.de

*Büblein, wirst du ein Rekrut,
merk dir dieses Liedlein gut,
Büblein, schwörst du diesen Eid,
schlüpfst du in ein Mörderkleid.*

Biermösl Blossn

*V.i.S.d.P.: J. P. Graf; Schwanthaler Str. 64; 80336 München
Druck: Druckwerk*



**AK
Friedliche
Schule und
Hochschule
München**



Informationen zur Meinungsvielfalt Nr. 4

*Wer will unter die Soldaten
der muß haben ein Gewehr,
das muß er mit Pulver laden
und mit einer Kugel schwer.
Friedrich Güll (1812-1879)*

Neues von der „pädagogischen Front“

**Ausweitung der zivil-militärischen Zusammenarbeit:
Jugendoffiziere und Reservisten als
„Mittler der Bundeswehr in der Gesellschaft“**

„Wer will unter die Soldaten?“ nach dem Liedtitel von F. Güll war unser ironisch provokativer Titel für eine Aktion gegen den Einsatz von Jugendoffizieren im Unterricht an den Schulen. Mit Ironie schlüpfen wir Lehrer in Uniformen



der Bundeswehr und mit Ironie setzten wir Jugendlichen Helme auf und zogen durch die Stadt.

Das alte militaristische Kinderlied „Wer will unter die Soldaten?“, von dem wir unser Motto hatten, sangen wir mit dem Text der Biermösl Blossn, um die Zuschauer zu schockieren. Selbst schockiert von einem drohenden Einfluss von Jugendoffizieren auf die Schulen nach der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundes-

wehr und Bayerischem Kultusministerium (Juni 2010) spielten wir der Münchner Öffentlichkeit vor, was geschehen kann, wenn Soldaten als Lehrer die Jugend beeinflussen sollen.

Am 10./11.12.2011 titelte die FAZ in der Rubrik „Beruf und Chancen“ auch „Wer will unter die Soldaten?“. Ohne Ironie konstatiert der Autor des Artikels: „Die Bundeswehr ist einer der größten Arbeitgeber des Landes. Das Ende der Wehrpflicht hat den Wettbewerb mit der Wirtschaft um Personal verschärft.“ Als Experte für ein den Artikel ergänzendes Interview spricht die FAZ mit Frank-Jürgen Weise, dem „Chef der Bundesagentur für Arbeit und Oberst der Reserve“.



Was passiert hier? Wenn „Wer will unter die Soldaten?“ nicht mehr an die Militarisierung der Jugend zu einem vergangenen Weltkrieg erinnert, wenn dieses Zitat ohne Ironie allen Ernstes in die Kategorie „Beruf und Chancen“ fällt, wenn der „Chef der Bundesagentur für Arbeit“ gleichzeitig „Oberst der Reserve“ ist und auch so benannt wird und seine Aufgabe offenbar darin sieht, die Chancen der Bundeswehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einzuschätzen, im Wettbewerb um Arbeitskräfte (Rekrutierung) und bezüglich der Chancen der Reservisten nach ihrer Dienstzeit (Reserve), was ist dann schon passiert?

Es ist bereits Tatsache geworden, was in der neuen „Konzeption der Reserve“ (Feb. 2012) als Programm notiert wird: Ein Reserveoffizier tritt auf als „Mittler der Bundeswehr in der Gesellschaft“, dessen „Aufgabenschwerpunkt Heimatschutz“ ist und der im „Dienst an der Allgemeinheit“ von den Vorteilen einer Ausbildung bei der Bundeswehr spricht.

Wem ist der Chef der Arbeitsagentur verpflichtet? Seinem alten Dienstherrn, dem Verteidigungsminister, oder seinem neuen Arbeitgeber, der Bundesagentur? Oder gibt es diese Unterscheidung nicht mehr? Im „Wahlspruch für die neue Bundeswehr“ finden wir 2012 nicht mehr den alten „Staatsbürger in Uniform“: Unter dem Motto „Wir. Dienen. Deutschland.“ geht der Soldatenberuf auf in einen unbestimmten Dienst fürs Vaterland. Unterschiede und damit die Besonderheit des Soldatenberufs sollen nicht mehr zu erkennen sein. Die Grenze zwischen dem Soldaten in Uniform, von dem heute verlangt wird, einen „übertragenen Auftrag tapfer und unter Einsatz seines Lebens im Kampf durchzusetzen“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 2011), und den KollegInnen in zivilen Berufen soll so verschwinden.

Jugendoffiziere sind noch in ihrer Uniform sichtbare Soldaten. Wenn sie aber an unseren Schulen als Experten für z. B. internationale Sicherheitspolitik oder den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Terrorismusbekämpfung auftreten, sind sie dem Verteidigungsminister unterstellt. Sie folgen nicht unserem zivilen Lehrplan, sie sind nicht dem Beutelsbacher Konsens (1977) verpflichtet, sondern den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (Mai 2011) ihres Ministers, wenn sie unseren SchülerInnen als eine weitere Art der „Mittler der Bundeswehr in der Gesellschaft“ ihre Sicht der Welt vermitteln.

Sie zeigen den SchülerInnen das in den Richtlinien dargestellte Szenario der Welt des 21. Jahrhunderts: Deutschlands „nationale Interessen“ seien bedroht: Andere Staaten zerfallen, es gebe internationalen Terrorismus, terroristische und diktatorische Regime, kriminelle Netzwerke, Klima- und Umweltkatastrophen,

Migration, Verknappung oder Engpässe bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, Seuchen, Epidemien, die kritischen Infrastrukturen und die Informationstechnik unseres Landes seien bedroht.

Bundeswehr raus aus den Schulen !



Sie werden dann erklären, wie man in Zukunft mit Panzern gegen Kriminalität vorgeht oder gegen die Klimakatastrophe. Das europäische Flüchtlingsproblem lasse sich durch Militär an den Grenzen lösen, besonders wenn die Soldaten dabei „unter Einsatz ihres Lebens im Kampf“ ihre Ziele durchsetzen dürfen. Dass Rohstoffe gesichert werden müssen, leuchtet ihrer Meinung nach heute jedem ein: Wenn uns etwas ausgeht, was die anderen noch haben, schicken wir dann wohl Einsatzkräfte. Jedes Kind wisse z. B., wie viele wertvolle Rohstoffe in den Handys stecken und jedes Kind hat eins und kann nicht darauf verzichten. Der „Lehrplan“ der Jugendoffiziere sagt: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung.“ Die Bundeswehr sei dazu da, um sie zu sichern. Und: „Streitkräfte bilden das Rückgrat für die Sicherheit und den Schutz Deutschlands und seiner Bürger. Nur mit Streitkräften kann die Androhung und Durchsetzung militärischer Gewalt im Rahmen des geltenden Völkerrechts erfolgen. Streitkräfte sind Grundlage des Selbstbehauptungswillens und der Verteidigungsbereitschaft der Nation.“ Dafür müsse die Bundeswehr die nötigen finanziellen Mittel bekommen, „um einsatzbereite und bündnisfähige Streitkräfte zu erhalten, die dem Stellenwert Deutschlands entsprechen.“